



**Evangelische Zentralstelle  
für Weltanschauungsfragen**

Information Nr. 34, 2. revidierte Auflage, Stuttgart XII/1968

# **Mutation des Gewissens?**

Materialsammlung und Analyse  
zur Bewegung der jungen Generation

von Peter Klemm, Klaus Thierfelder, Helmut Aichelin

## **INHALT**

### **I. Orientierung: Studenten**

- A. Organisationen
- B. Vokabular
- C. Strategie
- D. Abwehrreaktionen
- E. Literatur

### **II. Orientierung: Schüler**

- A. Organisation
- B. Grundgedanken und Programme
- C. Strategie
- D. Abwehrreaktionen
- E. Literatur

### **III. Analyse: Versuch einer Deutung**

- A. Voraussetzungen
- B. Interpretationsversuche
- C. Hintergründe

Diese Arbeit erscheint in Ergänzung des Buches von Jürgen Jeziorowski „Studenten im Aufbruch“, 2. Auflage 1968.

**Hinweis:** Bei diesem Text handelt es sich um eine für die Bildschirmansicht optimierte Version. Das Ursprungslayout wurde dabei verändert, die Rechtschreibung und die Seitenumbrüche jedoch beibehalten. Die Zitierfähigkeit ist somit gewährleistet.

Ergänzend zu dieser *Information* Nr. 34 gibt das Amt für Information der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, 7 Stuttgart 1, Theodor-Heuss-Str. 23, Telefon 22 12 31, eine Handreichung heraus: „Bewegung in der jungen Generation – Informationen und Ratschläge“.

# I. Orientierung: Studenten

von Peter Klemm

## A. Organisationen

### a) Wichtige Gruppierungen, Institutionen und Abkürzungen:

ADU	Aktionsgemeinschaft Demokratische Universität
DSU	Deutsche Studentenunion
ESG	Evangelische Studentengemeinde
HSU	Humanistische Studentenunion
KHG	Katholische Hochschulgemeinde Kommune
LSD	Liberaler Studentenbund Deutschlands
RCDS	Ring Christlich-Demokratischer Studenten
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SHB	Sozialdemokratischer Hochschulbund
VDS	Verband Deutscher Studentenschaften

Von Studenten mitinitiierte Gruppen:

APO	Außerparlamentarische Opposition (keine definierte Gruppe. Sammelbegriff für verschiedene, oft nur in der Negation einige und nicht nur von Studenten initiierte Gruppen, z. B.: Kampagne für Demokratie und Abrüstung) Club Voltaire Kritische Universität Republikanischer Club Kritische Arbeitskreise Verschiedene kritische kirchliche Gruppen, z. T. auf das kirchliche Leben bezogen, z. T. auf das politische (z. B. KAPO Katholische Außerparlamentarische Opposition, die sich beim Katholischen Studententag in Tübingen im Juli 1968 konstituierte)
-----	--

### b) Ziele:

Als gemeinsame Zielvorstellung der verschiedenen Gruppierungen kann angegeben werden: Eine wirklich demokratische Gesellschaft, d. h. eine humane Gesellschaft, in der es keine Unterdrückung, keine Manipulation, aber freie, wirksame Kritik, Kontrolle und echte Mitverantwortung eines jeden gibt. (Extremste Forderungen in dieser Richtung gingen bis zum Rätssystem.) Die politischen Hochschulgruppen und Schülervereinigungen setzten zunächst bei der Hochschul- und Schulreform im Sinne der „Demokratisierung“ und damit verbunden der politischen Bewußtseinsbildung ein, unterscheiden sich dann aber je nach ihrer Beschränkung auf den Hochschul- und Schulbereich oder der Ausdehnung der Bemühungen auf die ganze Gesellschaft, weil in einer reaktionären Umwelt eine Demokratisierung der Hochschule gar nicht zu erreichen sei. (Dabei stellen dann die Kontakte zu den Arbeitern ein spezifisches Problem dar.) Die Gruppen unterscheiden sich auch in der Einschätzung der Lage, inwieweit die Institutionen und die gegenwärtige bundesrepublikanische Gesellschaftsordnung im ganzen reformbedürftig oder überhaupt noch reformfähig ist. Dieser Unterschied wirkt sich auf die Strategie aus.

In radikalster Konsequenz umgreift Freiheit von Unterdrückung die Hochschul- und Schulstruktur, den gesamten Bereich politischer Ordnung, den Bereich herkömmlicher Moral, den der Wirtschaftsordnung und den des „Kolonialismus“ und „Neokolonialismus“, also die sogenannte Dritte Welt. Eine freie Gesellschaft ist eine Gesellschaft des Friedens und eine Gesellschaft jenseits des Leistungsprinzips und der Rassendiskriminierung.

Arbeit wird zum freien Spiel menschlicher Fähigkeiten. Die materiellen und intellektuellen Errungenschaften der Menschheit scheinen die Schaffung einer wirklich freien Welt zu erlauben (Marcuse). Der Weg zur neuen Ordnung kann nur in mehr oder weniger sozialistischen (neomarxistischen) Kategorien gedacht werden.

Innerhalb dieser Tendenzen werden die Schäden der gegenwärtigen Gesellschaft analysiert und kritisiert, Schäden, deren teilweises Erleiden mit zur Ausbildung dieser Tendenz führte. Modellvorstellungen für eine heile Welt deuten sich nur selten und in ideologischer Form an. An die Stelle der Vorstellung tritt oft die Formel des Lernprozesses. Man will den Weg finden, indem man ihn geht. Konkretionen sind nur in Teilbereichen da (zur Hochschulreform, Schul- und Bildungspolitik).

1967 waren 72 Prozent der Studenten nicht organisiert, sechs Prozent gehörten zu den politischen Hochschulgruppen (SDS, LSD, SHB, RCDS), acht Prozent zu konfessionellen Gruppen, der Rest der Organisierten verteilt sich auf Studentenverbindungen usw.

## **c) Die einzelnen Verbände:**

### **1) Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS)**

Geschichte: Winter 1945/46 Wiedereröffnung der Universitäten in den drei westlichen Besatzungszonen. Außer den Studentengemeinden keine studentischen Verbände zugelassen. Zusammenschluß sozialistischer Studenten zu halblegalen „Betriebsgruppen der SPD“ oder „wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaften“.

2.9.1946 Hamburg: Erste konstituierende Delegiertenkonferenz der sozialistischen Studentengruppen (mit Hilfe des Parteiapparates der SPD). Unabhängigkeit von der SPD auf Rat Erich Ollenhauers beschlossen.

1947 äußert die SPD während der hochschulpolitischen Tagung in Hannover, der SDS möge beschließen, daß nur noch Parteilose und SPD-Mitglieder dem Bund angehören dürfen. Auf der Zweiten Delegiertenkonferenz in Bielefeld stimmte eine Mehrheit dafür, daß mit dem Bekenntnis zum demokratischen und freiheitlichen Sozialismus ein Bekenntnis zur KPD-SED unvereinbar sei.

1952 erste „Aktionen“ in Freiburg, Göttingen und Münster vom SDS inszeniert gegen den Veit-Harlan-Film „Jud Süß“.

1954 Schulgeldstreik der Berliner Fachschulstudenten auf Initiative des SDS.

1955 erste Sperrung von Bundesjugendplanmitteln durch das Innenministerium. Der Schritt wurde wieder rückgängig gemacht.

1958 bringt SPD Parole „Kampf dem Atomtod“ auf die Straße. Der SDS hält die Parole fest, auch als die SPD sie stillschweigend fallenläßt. Zulauf von (evangelischen) Theologen.

1960 Kritik am Godesberger Programm der SPD von 1959.

1960 November: SPD erklärt Parteimitgliedschaft und SDS-Mitgliedschaft für unvereinbar, nachdem bereits im Frühjahr 1960 der SHB gegründet worden war. Der SDS hatte damals etwa 1000 Mitglieder, davon gingen 320 zum SHB über. Der SDS erhält keine Parteigelder mehr. Trotzdem gibt es heute Doppelmitgliedschaften in der SPD-Landesgruppe Südhessen und dem SDS.

1961: Dem SDS werden die Bundesjugendplanmittel gestrichen. Professoren, Altmitglieder und Gewerkschaftler gründen eine Förderergesellschaft, 1962 unbenannt in „Sozialistischer Bund“. SDS finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen.

1959-1961 Ausschluß der Konkret-Mitarbeiter aus dem SDS, weil ihre Auffassungen als zu DDR-konform gelten.

1960-1965 „Wende nach innen“. „Praxisferne Theorie als Reflex auf den pragmatischen Opportunismus der SPD“.

1964: Etwa wieder 1000 Mitglieder.

Anstöße für die „Wende von innen nach außen“: Die amerikanischen Bürgerrechtler waren auf die Straße gezogen. – Die studentischen Unruhen von Berkeley 1964/65 – Aktionen des FSM (Free Speech Movement) und SDS (Students for a Democratic Society) – Beat, Gammlertum und Hippiekult der 60er Jahre.

Februar 1966: Vietnamdemonstration in Berlin.

Sommer 1966: 3000 Studenten protestieren in Berlin gegen Zwangsexmatrikulation. Zum ersten Mal fühlten sich Studenten in ihrer Gemeinsamkeit engagiert und sahen sich auf der Seite der Linken. Januar 1967: Beschluß, „eine Politik der permanenten Universitätsrevolte“ zu machen.

Frühjahr 1967: Ausschluß der Kommune I, einer Gruppe, die sich aus dem SDS gebildet hatte (1966). Einerseits paßten die Unternehmungen der Kommune in das Programm, andererseits gaben sie dem Bürger die Möglichkeit, die sozialistische Studentenbewegung als verrückte Farce abzutun.

9. Juni 1967: Kongreß „Hochschule in der Demokratie“ in Hannover, dem Tod Benno Ohnesorgs gewidmet. Der revolutionäre Funke springt auf die Universitätsstädte der Bundesrepublik über.

11. April 1968: Attentat auf Rudi Dutschke in Berlin. Das Attentat löst die „Osterunruhen“ gegen die Springerpresse aus. Der aus Frankreich nach den dortigen Unruhen ausgewiesene Cohn-Bendit arbeitet im SDS.

Bei den Weltjugendspielen in Sofia gerät der SDS in Isolierung gegenüber den Jugenddelegationen der Ostblockstaaten wie der der Bundesrepublik.

Die Diskussionen sind bestimmt durch die in verschiedenen Bundesländern verabschiedeten Hochschulgesetze, vor allem aber durch die überall anlaufenden Prozesse gegen Ausschreitungen bei Demonstrationen. Durch eine „Justizkampagne“ soll jede Gerichtsverhandlung zum „Tribunal“ gemacht werden zur „Entlarvung der Klassenjustiz“.

Der SDS berät und inspiriert Schülerorganisationen (siehe dort) und andere Hochschulgruppen. Seine Interessen und Ziele decken sich weder mit denen Moskaus oder Ostberlins, noch wird der SDS von dort gesteuert. Der SDS ist in ständiger Diskussion auch über sich selbst, er kann nicht einfach dogmatisch oder von seiner „Leitung“ her begriffen werden, sondern er zeigt in sich mehrere Möglichkeiten eines Verständnisses von Sozialismus. 1967: 2350 Mitglieder. Bundesvorstand: Frankfurt, Wilhelm-Hauff-Str. 5, Telefon 77 64 22, Reinhard Wolff, Udo Knapp, Jürgen Behnken, Günther Mangold, Eberhard Becker.

Publikationen (Auswahl ohne Flugblätter):

1. Neue Kritik, Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik. Herausgegeben vom Bundesvorstand des SDS. Verlag und Redaktion: 6 Frankfurt 1 , Wilhelm-Hauff-Str. 5.
2. SDS-Korrespondenz, herausgegeben vom Bundesvorstand SDS, Verlag wie 1.
3. W. Nitsch, U. Gerhardt, C. Offe, U. K. Preuß: Hochschule in der Demokratie – Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universität. Unter Mitarbeit von H. Großmann und P. Müller. Neuwied 1965. Die Studie beschäftigt sich u. a. mit den anachronistischen und hierarchischen Strukturen an der Hochschule, mit studentischer Mitverwaltung und den Bildungschancen der Arbeiterkinder. Diese erstmals 1960 erschienene, inzwischen neu bearbeitete und erweiterte Studie ist ihrerseits eine Erweiterung der bereits 1954 vorgelegten Studie „Die Hochschule der modernen Gesellschaft“.
4. Kritische Universität – Provisorisches Verzeichnis der Studienveranstaltungen im Wintersemester 1967/68, herausgegeben von der Hochschulabteilung des AstA der Freien Universität Berlin.
5. Unter Mitarbeit von SDSlern entstand „Der CDU-Staat“ (Szczesny-Verlag).
6. In Berliner Vietnam-Arbeitskreisen wurden die in der Edition Suhrkamp erschienenen Dokumentationen zusammengestellt: Horlemann/Gäng „Vietnam“ und Gang/Reiche „Modelle der kolonialen Revolution“.
7. Bedingungen und Organisation des Widerstands, der Kongreß von Hannover – Protokolle. Berlin 1967.
8. Charles Walker: Handbuch für Planung und Durchführung von direkten gewaltlosen Aktionen. Offenbach 1963.
9. Bergmann, Dutschke, Lefèvre, Rabehl: Rebellion der Studenten oder die neue Opposition: rororo aktuell 1043, Hamburg 1968.

Dem SDS nahestehende Publikationen (in Zusammenarbeit mit SDSlern entstanden):

1. „Das Argument“, Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft – Hefte aus dem Argumentclub. (Der Argumentclub, Anfang der 60er Jahre entstanden, ist eine nicht SDS-interne Diskussionsgemeinde, der es um den Zusammenhang zwischen der Gesellschaftsstruktur und Politik, Wirtschaft, Erziehung und Kunst geht).
2. „Konkret“, das früher reine Studentenzeitschrift war, versteht sich heute als „unabhängige Zeitschrift für Kultur und Politik“. Herausgeber und Chefredakteur: Klaus Rainer Röhl. Verlagsort: Hamburg. Redaktion: 2 Hamburg 11, Alter Steinweg 35 II, Telefon 34 81 14.
3. Che Guevara: „Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam“, eingeleitet und übersetzt von G. Salvatore und R. Dutschke.

4. Knut Nevermann: „Der 2. Juni 1967, Studenten zwischen Notstand und Demokratie“, Köln 1967, herausgegeben vom VDS.
5. Bernhard Larsson: „Demonstration – ein Berliner Modell“, mit Beiträgen von H. Marcuse, R. Lettau, R. Dutschke u. a. (Voltaire-Schriftenreihe) Berlin 1967.
6. Robert Paul Wolff, Barrington Moore, Herbert Marcuse: „Kritik der reinen Toleranz“ (Edition Suhrkamp 181, Frankfurt 1966).

Publikationen über den SDS:

1. René Ahlberg: „Die politische Konzeption des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1968. Zuerst erschienen in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 20/1968 vom 15.5.1968.
2. Ekkehard Kloehn: „Der Weg in den Widerstand, eine Chronik des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“. „DIE ZEIT“, 23.2.1968, S. 9f, und 1.3.1968, S. 17f.

## **2) Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB)**

Gegründet Mai 1960 durch die zur SPD tendierende SDS-Gruppe von 320 Mitgliedern (mit Unterstützung H. Wehners). Bekennt sich zum Godesberger Programm. Ziele: „... loyales Verhältnis zur SPD, ohne von dieser abhängig zu sein oder in allen Punkten ... übereinzustimmen. ... Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ... Behebung des Bildungsnotstandes ... Hochschulreform, u. a. Demokratisierung der Hochschulstruktur ... Stipendien ... unabhängig vom elterlichen Einkommen ...“

1964: 47 Hochschulgruppen mit etwa 1400 Mitgliedern. Annäherung an den SDS brachte neuen Zulauf. 1967 gingen einzelne Ortsgruppen zum SDS über, ließen aber ihre Organisation auf dem Papier bestehen, um Bundesjugendplanmittel zu erhalten. (1967: 2000 Mitglieder) Starke Spannungen zur SPD. Bundesvorstand: Bonn, Noeggerathstr. 29.

## **3) Liberaler Studentenbund Deutschlands (LSD)**

Der FDP nahestehende unabhängige Studentenorganisation. Entstanden 1950 durch Zusammenschluß nach 1945 entstandener einzelner liberaler Studentengruppen. Mitglied der World Federation of Liberal and Radical Youth (WFLRY).

1964: 37 Hochschulgruppen mit 1000 Mitgliedern. (Neuere Angaben sprechen für 1967 von 800 Mitgliedern.)

Mai 1963 sprach sich die 16. Delegiertenversammlung in Konstanz für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie aus. In Anbetracht dieser Entwicklung im Juni 1963 Gründung des FDS (Freier Demokratischer Studentenbund, heute gegenstandslos). 1967 enger Anschluß des LSD an den linken Flügel der FDP (Rubin).

Bundesvorstand: Bonn, Königstr. 65, Sprecher: Frank von Auer. Gibt hektografierte Rundbriefe an die Hochschulgruppen heraus. Zeitschrift: LSZ, 17 Jahrgänge.

Aus Rundbrief II vom 15.4.1968: „Beteiligen Sie sich an direkten Aktionen gegen Springer-Blätter und garantieren Sie durch Ihre Teilnahme den Ausschluß von Gewalt gegen Menschen“.

#### **4) Ring christlich-demokratischer Studenten (RCDS)**

1951 in Bonn gegründet, aus einzelnen christlich-demokratischen Hochschulgruppen hervorgegangen. Organisatorisch nicht von der CDU/CSU abhängig. Er will die „geistigen Grundlagen einer Politik aus christlich-sozialer Verantwortung“ vertiefen. Hauptaufgabenbereiche: Hochschulreform und Studienförderung, Auslands- und Öffentlichkeitsarbeit. „Sogenannte gesamtdeutsche Arbeit“.

1964: 60 Hochschulgruppen, 2500 Mitglieder. (Neuere Angaben: 1967 – 2300 Mitglieder)

Bis zum Sommer 1967 weithin an unpolitischer Studenten-Selbstverwaltung interessiert (gegen eine „Verpolitisierung“ des AStA), stimmt er nun weitgehend mit den „Radikaleren“ überein, meint aber, eine Verbesserung innerhalb der Legalität erreichen zu können. „Den radikaleren Gruppierungen geht es in ihrer Zielsetzung primär nicht um die Reform der Hochschule, sondern um den Sturz dieses spätkapitalistischen Systems ... Völlig unklar ist allerdings, was nach Beseitigung des bestehenden Systems an dessen Stelle gesetzt beziehungsweise in welcher Richtung es total reformiert werden soll ...“ (Aus einem Schreiben des Bundesvorsitzenden Wulf Schönbohm an die Mitglieder, 1967). Bundesvorstand: Bonn, Nassestr. 1/2. Schriften: U. a. „RCDS-Gedanken zur Hochschulreform“ – „Studentenverbände in Universität und Staat“.

#### **5) Republikanische Clubs**

Sammelbecken der Außerparlamentarischen Opposition (u. a. von der Hochschule entwachsenen SDSlern, die sich in den politisch aktiven Zentren der R. C. mit jungen Gewerkschaftlern zusammenschließen wollen). Gründung des Berliner R. C. im Mai 1967; zu den Gründern des Berliner R. C. gehören die Professoren Flechthelm und Gottschalk, die Assistenten Agnoli, Krippendorf, Meschkat, ferner Hans Magnus Enzensberger, Der Kabarettist Neuss und der Berliner FDP-Vorsitzende Borm. Zitat aus der Satzung: „Der Club versteht sich als Teil der politischen Linken“).

Publikationen: Berliner Extra-Dienst, Redaktion und Verlag: 1 Berlin 31, Pfalzburger Str. 20, Telefon 86 21 89. Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.

#### **6) Verband deutscher Studentenschaften (VDS)**

Zusammenschluß der westdeutschen und Westberliner Studentenschaften, der ihre gemeinsamen Interessen wahrnehmen soll. Mitglieder sind die allgemeinen Studentenausschüsse. Der einzelne Student gehört dem Verband nur mittelbar an. Sein oberstes beschließendes Organ, die Mitgliederversammlung, besteht aus Vertretern der einzelnen AStA. Mit den Studentenschaften der deutschen Fachhochschulen arbeitet er im Bundesstudentenring zusammen, dessen geschäftsführender Verband er ist. Zusammen mit etwa 80 anderen Nationalverbänden gehört der VDS der International Student Conference (ISC) an. Gründung: 30.1.1949 in Marburg.

Erörterung von Fragen des Hochschul- und des Studentenschaftsrechts, der Studienförderung und Hochschulreform. Durchsetzung der allgemeinen Studienförderung nach dem Honnefer Modell.



Bei der 14. Mitgliederversammlung März 1962 bestreitet der VDS der FDJ „das Recht, als legitime Vertretung der mitteldeutschen Studenten aufzutreten“.

Oktober 1962: Gutachten zur Neugründung wissenschaftlicher Hochschulen: „Studenten und die neue Universität“ (zweite unveränderte Auflage 1966).

Die Entwicklung innerhalb des Verbandes ist markiert durch die 20. Mitgliederversammlung im März 1968 in München: Es wurde ein „politisches Mandat“ praktiziert, was zum Austritt von drei Universitäten und einer Technischen Hochschule führte. In einer Presseerklärung der Austrittskandidaten hieß es: „Die politische Aufgabe der Universität liegt nicht in politischer Parteinahme, sondern in der wissenschaftlich begründeten Bewußtmachung politischer Alternativen als Grundlage persönlicher Entscheidung ... Es ist nichts damit gewonnen, den Studenten aus der Bevormundung durch die Professoren zu befreien und ihn gleichzeitig der Herrschaft einer ideologisch ausgerichteten Studentenorganisation zu unterwerfen“. – Die Mitgliederversammlung nahm einen Antrag an, in dem es heißt: „Der VDS stellt fest, daß ein längeres Ignorieren der Verbrechen in Vietnam durch die Universität einer Vorstellung von den Aufgaben der Universität entspricht, die er seit Jahren mit seiner Hochschulpolitik bekämpft ... Hinsichtlich der Verbrechen in Vietnam kann es für eine Universität weder mangelnde Informiertheit noch politische Neutralität geben“. – Ebenfalls wurde ein Antrag auf „Drittelparität“ in den Selbstverwaltungsgremien der Universität trotz mancher Einwände angenommen. Ein Antrag auf Einführung eines Studienhonorars an Stelle des Honnefer Modells fiel durch.

„Als Antwort auf die 20. Münchener Mitgliederversammlung des VDS und die Osterunruhen haben sich am 21. April 1968 zehn politische Hochschulgruppen zur Deutschen Studentenunion zusammengeschlossen“ („Initiative“ 5/1968, S. 6).

Sommer 1968: 17 Hochschulgruppen der DSU. Die DSU distanziert sich von der Gewalt und will den VDS wieder auf eine mittlere Linie bringen. Vergl. „Initiative“ 6/1968, S. 30. Die Haltung des VDS führte zu der z. T. durch die Korporationen geförderten Debatte über die Zwangsmitgliedschaft und die Beitragsverweigerung. Vorstand und Geschäftsstelle des VDS: Bonn, Georgstr. 25-27.

Publikationen:

„Schriftenreihe des VDS“ (u. a.: W. Heinz und Th. Jüchter: Heft 4, 1965: Studienreform).

Vom Pressereferat: „Pressedienst der Studentenschaft“.

Zeitschrift: Input – Informationen für Studenten. Herausgegeben vom VDS im Verlag für wissenschaftliche Literatur. Redaktion und Verlag: 6 Frankfurt/M., Feldbergstr. 49, Telefon 72 85 82.

### **7) Nennenswerte, in den vorhergehenden Abschnitten nicht genannte Zeitschriften:**

- a) Deutsche Universitätszeitung
- b) Initiative – Katholische Studentenzeitung, herausgegeben von der Katholischen Deutschen Studenteneinung (KDSE), Bonn, Rheinweg 34.
- c) EStG – Nachrichten, herausgegeben von der Bundesgeschäftsstelle der Evang. Studentengemeinde, Stuttgart-Bad-Cannstatt, Mercedesstr. 5-7.
- d) Colloquium – Eine deutsche Studentenzeitung. Berlin 45, Unter den Eichen 93.

## B. Beispiele für das Vokabular

*Repression:* Unterdrückung (der Entwicklungsmöglichkeiten und Triebe der Einzelnen durch die etablierten Herrschenden).

*Integration:* Einordnung (der Einzelnen in das System, so daß diese ihrer Unterdrückung gar nicht gewahr werden, daß sie zwar auch protestieren dürfen, dies aber einkalkuliert ist und wirkungslos bleibt).

*Manipulation:* Steuerung des Bewußtseins mit Hilfe der Massenmedien.

*Progression:* Fortschreitende Weiterentwicklung der Verhältnisse in Richtung auf eine repressionsfreie Zukunft.

*Reproduktion:* Wiederhervorbringung (unveränderte Weitergabe des Bestehenden durch die Gesellschaft, vgl. z. B. „Schule und Gesellschaft sind nicht isoliert voneinander zu betrachten. Die Schule ist eine Institution der Gesellschaft, in der sie sich zu reproduzieren versucht“ (USG-Information).

*Klassenkampf:* Aus der bei einem Sit-in in Berlin im Sommer 1966 angenommenen Resolution: „ ... Was hier in Berlin vor sich geht, ist ebenso wie in der Gesellschaft ein Konflikt, dessen Zentralgegenstand ... der Abbau oligarchischer Herrschaft und die Verwirklichung demokratischer Freiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen ist“.

*Demokratisierung:* „Das Parlament ist eine Institution der bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft ... Der Parlamentarismus ist die institutionalisierte Verschleierung des Charakters der bürgerlich-kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse. Die Grundlage des Parlamentarismus ist die manipulierte Unmündigkeit der Beherrschten ... Es darf zugleich kein Zweifel daran gelassen werden, daß die Sozialisten heute die entschiedensten Verteidiger des Grundgesetzes sind, da sie an der im Grundgesetz festgelegten Möglichkeit, die soziale Demokratie auf dem Boden des Grundgesetzes zu verwirklichen, festhalten ...“ (Frank Deppe, Neue Kritik 44, S. 64).

*Sit-in:* Protest durch Sitzen mit dem Ziel, den Betrieb durch gewaltlosen Widerstand genau an dem Ort zu stören, an dem Rechte vorenthalten werden. (Sit-in auf Straßenbahnschienen, vor Rektoraten usw.)

*Teach-in:* Versammlung mit andauernden Referaten und Diskussionen. Jeder Teilnehmer kann zu dem Thema Stellung nehmen. In der Art der Durchführung z. T. demagogisch.

*Go-in:* Hineingehen oder anwesend sein in einer zu kritisierenden Veranstaltung, die dann durch Zwischenrufe usw. gestört wird.

*Happening:* Provozierende, sinnfällige, makaber-heitere Handlung, z. B. in Berlin Dezember 1966: Aufstellen von Weihnachtsbäumen und Gipsköpfen von Ulbricht und Johnson unter Absingen von Weihnachtsliedern auf dem Kurfürstendamm.

## C. Strategie

Grundsatzfrage: Läßt sich eine Demokratisierung noch systemimmanent durchführen (RCDS, USV), oder müssen die „Herrschenden“ durch Aktionen entlarvt werden, so daß durch ihre sich steigernde Unterdrückung auf provokativ-entlarvende Aktionen hin die Bedrückten sich ihrer Lage bewußtwerden und eine Änderung des Systems heraufgeführt wird?

1) Am Anfang steht ein Prozeß der *Bewußtmachung*. Als Objekte, die gesellschaftliche Lage bewußtzumachen, boten sich an:

- für die Integration: die zur Produktionsstätte unpolitischer und daher für das System nicht gefährlicher „Fachidioten“ degradierte Hochschule und Schule, die durch ihre Leistungsforderung für die Industriegesellschaft immer repressiver wird;
- für die Manipulation: die Springer-Presse;
- für die Repression: Notstandsgesetze, Vietnamkrieg, Förderungswesen an der Hochschule.

2) Die Bewußtmachung geschieht besonders in *Arbeitskreisen* (kritische Arbeitskreise, Projektgruppen).

3) *Direkte Aktionen*, zusammengesetzt aus Methoden aus der Arbeiterbewegung (Flugblätter, Demonstrationen, Streiks), der amerikanischen Bürgerrechtler (verschiedenartige „Ins“) und der chinesischen Kulturrevolution (Wandzeitungen, Diskussionen, bestimmte Formen der Demonstration). „... Eine Legalität, die es uns verunmöglicht, einen Protest gesellschaftsverändernd durchzuführen, muß durchbrochen werden“ (Dutschke). „Wir haben die Möglichkeit, durch Provokationen die verdeckt autoritäre, präfaschistische Struktur dieser Stadt und dieses Staates bloßzulegen“ (Schlotterer).

4) *Basisgruppen* sollen Ausgangsmöglichkeiten schaffen. In Betrieben gewinnen sie als außerparlamentarische Krisenelemente an Explosivität und strategischer Bedeutung. „Damit stellt sich die Notwendigkeit, daß die Sozialisten gegenwärtig in den Konflikten präsent sind, in denen die Lohnabhängigen um die Erhaltung ihres Lebensstandards ... kämpfen ... Nur wo sich der Kampf um die materiellen Bedürfnisse mit dem Kampf gegen staatliche und betriebliche Unterdrückung verbindet, nur dort können sich feste, kontinuierlich arbeitende Kerne bilden. Nur dort kann eine Strategie ansetzen, die aus den aktuellen Auseinandersetzungen ... die Perspektive des verschärften Klassenkampfes zu begründen in der Lage ist ... praktische Zusammenfassung des Kampfes an den Hochschulen und in den Betrieben ...“ (Frank Deppe, Neue Kritik 44, S. 65).

„Der Kontakt zu den Gewerkschaften ist lokal verschieden. Der DGB in Berlin z. B. ist ultrareaktionär. Dafür haben wir gute Beziehungen zur IG Chemie, zur IG Metall, auch zur ÖTV. Viele SDS-Mitglieder sind ständige Referenten von Gewerkschaftsschulen“ (Erik Noharra – SDS).

5) *Kritische Reflexionen*: Thesen aus der Rede von Professor G. Habermas in Frankfurt am 1.6.1968 auf dem Schüler- und Studentenkongreß „Politik – Protest und Widerstand“:

„Die Studenten- und Schülerproteste folgen vielfach Interpretationen, die entweder ungewiß oder nachweislich falsch, in jedem Fall aber unbrauchbar sind, um Handlungsmaximen daraus abzuleiten.“

„Aus der falschen Einschätzung der Situation folgt eine verhängnisvolle Strategie, welche nicht nur Studenten und Schüler auf die Dauer isolieren, sondern alle auf Demokratisierung drängenden gesellschaftlichen und politischen Kräfte schwächen muß.“

„Die Taktik der Scheinrevolution muß einer langfristigen Strategie der massenhaften Aufklärung weichen ... Vor uns liegt keine Periode des Umsturzes, weder des manifesten noch des verschleierte.“ (Ganze Rede in „Frankfurter Rundschau“ 5. Juni 1968. Sonderdrucke).

## D. Abwehrreaktionen

1) Einzeläußerungen: „... das würde früher nicht vorgekommen sein. Die würden alle eingesperrt werden“ (Passant, Hannover, 9. Juni 1967). „... das führt doch zu nichts, geändert wird doch nichts daran“ (Passant, München, Juni 1967).

„Wir, die arbeitende Bevölkerung, haben es satt, uns von den dummen Jungen, die erst einmal trocken hinter den Ohren werden sollen, terrorisieren zu lassen. Wann greift die Polizei endlich mit hartem Besen durch? Diese Lümmel, die auf Kosten der Steuerzahler ein nicht gerade schlechtes Leben führen, sollte man einmal für ein Jahr ins Arbeitshaus sperren, damit sie wieder zur Vernunft kommen“ (Leserbrief an den Berliner „Tagesspiegel“, 7.6.1967).

„... zwei Millionen Berliner lassen sich nicht von 1500 Wirrköpfen auf der Nase herumtanzen. Sie werden dafür sorgen, daß in Zukunft ... die gebührende Antwort zuteil wird“ („BILD“ 7.2.1966).

„... zunächst einmal gehört auf einen groben Klotz ein grober Keil“ („WELT“ 29.6.1967).

„... ihre Torheit wächst im Quadrat unserer Nachgiebigkeit“ (Berliner „Morgenpost“, 8.4.1967) ... (unleserlich) bis: „umbringen sollte man sie ...“.

„Rowdies“, „Radaumacher“, „FU-Chinesen“, „Langhaardackel“, „Krakeeler“, „politische Halbstarke“ ...

2) Zusammenfassung der Mehrzahl gängiger Urteile Sommer 1967:

1. Nicht ernst nehmen, es sind junge Leute;
2. Studenten sollen nicht demonstrieren, sondern studieren;
3. Wer vom Vater oder Vater Staat unterhalten wird, soll den Mund nicht zu weit aufreißen;
4. Nur Versager im Studium haben Zeit, auf die Straße zu gehen;
5. Es handelt sich um eine kleine Minderheit politischer Wirrköpfe und notorischer Radaubröder.

3) Das Marburger Manifest vom 17. April 1968, unterzeichnet von zahlreichen Professoren aller Universitäten der Bundesrepublik (vergl. „WELT“ v. 9. Juli 1968, S. 11), beschäftigt sich mit der „Gefahr, die das Wesen der deutschen Hochschule bedroht“ durch die „Vermischung des Gedankenguts der Hochschulreform mit dem eines gesellschaftlichen Umsturzes insgesamt“ und kommt zu dem Schluß, „daß am Ende des gefährlichen Weges vermeintlicher ‚Demokratisierung‘ nicht eine gestärkte, sondern eine in ihrer Forschungsleistung und in ihrem wissenschaftlichen Rang geschwächte deutsche Universität stehen würde“.

4) Entgegengesetzte Meinungen: Professor W. Jens, Tübingen, Juni 1967: „Es ist nicht zu übersehen, daß viele Studenten mit den SDS-Leuten sympathisieren. Diese sozialistischen Studenten sind geschulte Leute ... Es sind sicherlich die intelligentesten Studenten ... Viele Kommilitonen spüren, wir verstehen, da in toto die Politiker so weit nach rechts gerückt sind, das Gespräch in der Welt ... überhaupt nicht mehr, wenn bei uns gewisse Positionen nicht besser besetzt sind, die in Italien und Frankreich Marxisten innehaben ... Alle politisch interessierten Studenten stehen auf ganz anderen Positionen, als es heute nach dem politischen Klima in Bonn möglich scheint. Legt man als Vergleichsmaßstab etwa das Ahlener Programm von 1945 an, Verstaatlichung der Großindustrie usw., dann erscheinen die Studenten gar nicht so radikal.“

## **E. Allgemeine Literatur über Studentenprobleme**

Mager/Spinnarke: Was wollen die Studenten? Fischer-Bücherei – Informationen zur Zeit 949, Frankfurt 1967

Friedrich Wilhelm Marquardt: Studenten im Protest. Stimme-Verlag, Antwortenreihe, Frankfurt 1968

Jürgen Jeziorowski: Studenten im Aufbruch. Rote Reihe, Kreuz-Verlag, Stuttgart 2. Aufl. 1968

Christian Schütze: Außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik. Evangelische Kommentare 1968/1, S. 26ff. Stuttgart, Kreuz-Verlag

Reform durch Revolte? Studentenunruhen, Hochschulreform, Gesellschaftspolitik. Redaktionsartikel in den Evangelischen Kommentaren 1968/2, S. 64ff. Stuttgart, Kreuz-Verlag

F. W. Marquardt/H. Gollwitzer: Was wollen die Studenten? Zum Tod von Benno Ohnesorg. Berliner Reden 11, Lettner-Verlag, Berlin 1967

Radius, herausgegeben von der Evangelischen Akademikerschaft in Deutschland (Stuttgart-Bad-Cannstatt, Mercedesstr. 5-7) 1968/2

Hochschulführer (erstmalig 1964, herausgegeben von Petra Kipphoff, Thomas von Randow und Dieter E. Zimmer), Neuauflage 1966. Die Zeit-Bücher, Nannen-Verlag, Hamburg

Bericht des Untersuchungsausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses (Parlaments-Drucksache 442) (Vergl. FAZ v. 18. Juli 1968)

Wolfgang Nitsch: Hochschule – Soziologische Materialien (Gesellschaft und Erziehung VIII), Heidelberg 1967

Hochschulgesamtplan Baden-Württemberg 1967, herausgegeben vom Kultusministerium Baden-Württemberg

Berlin – Studenten – Christen, herausgegeben im Auftrag des Konsistoriums der Evangelischen Kirche in Berlin Brandenburg. Berliner Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Publizistik 1968

Merkur – Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken:

K. Sontheimer: Studenten auf Kollisionskurs, August 1967, S. 701ff.

H. v. Hentig: Die große Beschwichtigung – zum Aufstand der Studenten, Mai 1968, S. 387ff. Studieren als politischer Vorgang, November 1968, S. 999ff.

Fritz Leonhardt: Studentenunruhen – Ursachen, Reformen. Stuttgart 1968

Günter Grass: Ansprache zum 1. Mai 1968 (Der Spiegel)

Ernst Richert: Die radikale Linke. Colloquium Verlag, Berlin 1968

## II. Orientierung: Schüler

von Klaus Thierfelder

### A. Organisationen

#### 1) *Unabhängige Schülergemeinschaft (USG)*

Im Frühjahr 1967 wurde in Berlin von 80 Vertretern von 20 Westberliner Schulen mit Hilfe des SDS eine „Unabhängige Schülergemeinschaft“ gegründet. In der Tagesordnung der Sitzung sind alle Punkte der Kritik schon in nuce enthalten. Es wurde die Einrichtung einer Kartei beschlossen, „in der künftig alle Fälle von Autoritätsmißbrauch der Lehrer eingetragen werden sollen. Kritik wurde an der bestehenden Schülermitverwaltung und den Schülerzeitungen geübt, die unwirksam, da abhängig und kontrolliert seien“ (Jugendinformationsdienst S zu Nr. VIII/7, 15.2.1967). In der gleichen Zeit entstanden Schülergemeinschaften dieser Art in mehreren Städten der Bundesrepublik.

#### 2) *Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler (AUSS)*

Am 26.2.1967 wurde in Frankfurt ein „Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler“ gebildet, von den Vertretern verschiedener USGs. (Der AUSS ist sozusagen Dachorganisation der Unabhängigen Schülergemeinschaften.) Auch dieses Treffen kam mit Hilfe des SDS zustande. Der AUSS hat inzwischen einen weiteren Delegiertentag und einen Schülerkongreß durchgeführt und traf sich an Pfingsten 1968 zu einem zweiten Schülerkongreß und einem dritten Delegiertentag. „Ziele des neuen Aktionszentrums sind die Demokratisierung der Schule und der Erziehung sowie die politische Bewußtseinsbildung unter den Schülern“ (Jugendinformationsdienst S zu Nr. VIII/9 vom 1.3.1967).

#### 3) *Unabhängige Schülervertretung (USV)*

Im Sommer 1967 wurde von Frankfurter Schülern aufgerufen zur Gründung einer „Unabhängigen Schülervertretung“ als Alternative zum AUSS. Es wird gesagt, „der AUSS vertrete nicht die wirklichen Interessen der Schüler, sondern sei eine Hilfstruppe zur Verfechtung radikaler SDS-Theorien“. Während der AUSS die Schülermitverwaltung für ein unwirksames Mittel zur Verwirklichung der Demokratisierung hält und deshalb durch unabhängige Schülergemeinschaften an den Schulen revolutionär wirken will, befürwortet der USV „die volle Ausnutzung der Rechte der Schülermitverwaltung, direkte Gespräche mit Lehrern, Direktoren und Kultusministerien (Jugendinformationsdienst S zu Nr. VIII/27 vom 5.7.1967).

### B. Grundgedanken und Programme

Grundthese der dem SDS nahestehenden Schülergruppen ist folgende: „Die Schule ist eine Institution der Gesellschaft, in der sie sich zu reproduzieren sucht. Der Anspruch, den unsere Gesellschaft an unsere Schulen stellt, ist, dort eine Generation heranzubilden, die sich widerstandslos einfügt und die ihr gestellten Aufgaben erfüllt“ (Stuttgarter USG-Resolution).

Die Forderung der USG an die Schule ist vor allem die, sie solle kritische Menschen heranbilden. Zur Verwirklichung dieser allgemeinen Forderung stellt die USG eine ganze Reihe von konkreten Forderungen auf (aus der Stuttgarter USG-Resolution):

- a) Beseitigung aller undemokratischen Kräfte im Lehrkörper.
- b) Beteiligung der Schüler an den Verwaltungsinstitutionen der Schule und gleichberechtigte Vertretung in den Versetzungskonventen sowie Hinzuziehung der Schülervertreter zu allen Disziplinarentscheidungen.
- c) Intensivierung des politisch-sozialen Unterrichts, Beteiligung der Schüler an der Auswahl der Lehrkräfte und an der Gestaltung des Lehrplans.
- d) Einführung des Sexualunterrichts und der Sexualberatung sowie psychotherapeutische Betreuung der Schüler und besonders der Lehrer.
- e) Entschiedene Durchforstung, Richtigstellung und Modernisierung der Schulbücher und Lehrmethoden.
- f) Legitimierung jeglicher Art der politischen Organisation der Schüler an den Schulen und die Freizügigkeit eines jeden zu politischer Betätigung an der Schule ohne Einschränkungsrecht seitens der Schulleitung, sowie die völlige Pressefreiheit für die Schülerzeitschriften.

## C. Strategie

Während die Ziele von USV und den im AUSS zusammengeschlossenen Schülergemeinschaften weitgehend identisch sind, unterscheiden sich beide Gruppen in der Strategie. Die gemäßigte Gruppe glaubt, über die bisher bestehenden Möglichkeiten (Schülermitverwaltung, Schülerpresse) eine Evolution in Richtung Demokratisierung der Schule bewirken zu können. Der dem SDS nahestehende AUSS hat diese Hoffnung aufgegeben und hält es von daher für seine Aufgabe, durch sich steigende Aktionen (z. B. Verteilen von Flugblättern, provokative Zeitungen, Gegenschulen über Stoffe, die in der Schule zu kurz kommen) die Leitung der Schule herauszufordern, bis sie sich voll als Organ der Unterdrückung entlarvt. Je stärker die Schulleitung zu unterdrückenden Maßnahmen greifen wird, desto mehr werden die Schüler – so hofft man – sich ihrer Lage als besonders rechtlose und unterdrückte Glieder der Gesellschaft bewußtwerden. Als Ende dieses Prozesses erhofft man sich eine neue Schule, in der Lehrer und Schüler gleichberechtigt in Arbeitsgemeinschaften zusammenarbeiten.

## D. Abwehrreaktionen

Die Vorsitzenden der Direktorenvereinigung der deutschen Gymnasien haben dem SDS und dem AUSS vorgeworfen, „antidemokratische und radikale Einflüsse in die Höheren Schulen hineinragen zu wollen“. Es wurde betont, ein „künstlich erzeugter Gegensatz zwischen Lehrern und Schülern könne und dürfe nicht zur Grundlage der Tätigkeit der Schülermitverwaltung (SMV) werden. Ein Sprecher der Vereinigung erklärte, daß die Gymnasien es nicht nötig hätten, demokratischer zu werden“ (Jugendinformationsdienst S zu Nr. VIII/38 vom 4.10.1967). Diese Äußerungen können jedoch nicht für typisch gehalten werden. Die Reaktion von Lehrern, Eltern und Schulverwaltungen auf die Bewegung unter den Schülern ist differenziert. Ein großer Teil der für das Gymnasium Verantwortlichen stimmt den Schülern insofern zu, als er mehr Demokratie an der Schule für notwendig hält.

Große Meinungsverschiedenheiten bestehen in den genannten Gruppen über das Maß der notwendigen Demokratisierung. Zweifellos gibt es einen nicht geringen Teil von für den Schulsektor verantwortlichen Erwachsenen, der das ganze Anliegen für unberechtigt hält.

## **E. Literatur**

Günter Amendt, Kinderkreuzzug oder Beginnt die Revolution in den Schulen? rororo aktuell 1153 Hamburg, November 1968.

Über alle größeren Unternehmungen dieser Gruppen informiert sehr gut der „Jugendinformationsdienst“, 62 Wiesbaden, Schlichterstr.14.

Das Organ des AUSS ist die Schülerzeitschrift „mobil“, Adresse: Andreas Christian Günther, 3388 Bad Harzburg, Postfach 114

„underground“, Das deutsche Schülermagazin (erstmalig im November 1968), Verlag Bärmeier & Nickel („Pardon“), (nicht von Schülern, sondern von „Erfolgsroutiniers des Meinungsgeschäfts“ – so Stuttgarter Nachrichten am 12.11.1968, S. 3 – gemacht).

## **III. Analyse: Versuch einer Deutung**

von Helmut Aichelin

Wohl niemand ist in der Lage, in der sich rasch wandelnden Situation bereits ein unfassendes und zutreffendes Bild von der Protestbewegung unter der jungen Generation zu entwerfen. Wer die verschiedensten Kommentare in ihrer ganzen Bandbreite der Deutungsversuche liest und sie aus eigener Anschauung ergänzt, der steht aber in zunehmendem Maße unter einem doppelten Eindruck: sie sind typische Anzeichen einer Situation, in der alles noch in Bewegung ist, und sie zeigen, daß die bisherigen Kategorien, dies Phänomen zu erfassen und geistig einzuordnen, offenbar nicht mehr ausreichen. Gerade deshalb ist der Versuch einer, wenn auch sehr vorläufigen und der ständigen Korrektur bedürftigen Orientierung sinnvoll und notwendig.

### **A. Voraussetzungen**

#### ***1) Die Protestbewegung in der Jugend ist weltweit.***

Aus welchen Motiven auch immer im einzelnen hervorgegangen, hat sie die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen ideologischen Blockbildungen durchlöchert und die Grenzen der Staaten übersprungen (USA, Japan, Italien, Frankreich, Spanien, Bundesrepublik, Tschechoslowakei, Polen usw.). Sie ist – für viele unverständlich – besonders in den hochentwickelten, reichen Industrienationen der nördlichen Welthälfte aufgebrochen. Aber es sind Sympathien und bewußte Solidaritätsprozesse mit der jungen protestierenden Generation der armen südlichen Welthälfte, besonders Lateinamerikas, unverkennbar.



## **2) Die Träger dieser Protestbewegung sind Repräsentanten der ersten Nachkriegsgeneration.**

Zu der die mittlere und ältere Generation noch stark prägenden Erfahrung eines weltweiten Krieges haben diese jungen Menschen allenfalls ein gebrochenes historisches Verhältnis. In Europa sind ihnen die Schrecken der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, die zerstörten Städte, der Hunger, die Mühseligkeiten des Wiederaufbaus aus eigener Anschauung unbekannt. Ihr bewußtes Leben begann in einer Welt der äußeren Ordnung und des Wohlstandes. Was die ältere Generation als Erfolg schwerer Aufbauarbeit empfindet, ist für sie selbstverständlich gewordene Basis ihres Lebens.

## **3) Offenkundige Mißstände in Teilbereichen werden zunehmend als Zeichen einer umfassenden Fehlentwicklung der gesamten menschlichen Gesellschaft interpretiert, der ein alternativer Zukunftsentwurf entgegengestellt wird.**

Im Bereich der Bundesrepublik etwa – wie auch anderswo – ist symptomatisch, daß die Protestwelle der Jugend von den Hochschulen ausging. Ihre Struktur wurde als besonders anachronistisch empfunden. Aber es ist ebenso symptomatisch, daß die Themen des Protestes ständig wechseln (Straßenbahntarife, Pressekonzentration, Notstandsgesetze, Vietnam usw.). Aus einem Grundstrom elementaren Unbehagens an den bestehenden Verhältnissen heraus wird dies alles in einem inneren Zusammenhang gesehen und gewertet als die bewußten oder unbewußten Versuche, überholte gesellschaftliche Vorstellungen zu fixieren und damit notwendige Veränderungen zu blockieren. Je mehr die Immobilität bestehender Institutionen gegenüber sachlich rationaler Kritik empfunden wird, desto mehr vollzieht sich ein emotionaler Identifikationsprozeß mit revolutionären Heldengestalten wie Che Guevara, Ho Tsch Minh und Mao. Je schwieriger oder unmöglicher es scheint, raschen Reformen zum Durchbruch zu verhelfen, desto mehr wächst der Glaube an die universale Erklärung aller Übelstände durch die bestehenden Verhältnisse und die Lösung der Probleme durch eine freilich kaum mit Erfahrung durchsetzte universale Zukunftsutopie menschlicher Gesellschaft.

## **4) Konkrete Forderungen an die Gesellschaft, von zahlenmäßig kleinen Gruppen artikuliert, setzen ad hoc große Bewegungen in Gang.**

Nach wie vor sind die organisierten Gruppen, die die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse scharfen Analysen unterziehen und – sie im Westen wie im Osten kritisch fragend – Reißbrettentwürfe für die Gesellschaft von morgen erarbeiten, relativ klein. Aber das geistige Klima hat sich in kurzer Zeit doch so geändert, daß es diesen zahlenmäßig kleinen Gruppen gelingt, durch kluge Taktik und konkrete Zielsetzungen in ein Feld des allgemeinen Unbehagens vorzustoßen und weite Teile vor allem der Schüler- und Studentenschaft zu Protesthaltung und Protestaktion zu gewinnen. Bemerkenswert dabei ist, daß die Reflexion über Ziele und Methoden sich in aller Öffentlichkeit vollzieht (Öffentlichkeit der großen Studenterversammlungen, Ankündigung von Aktionen usw.).

## B. Gängige Interpretationsversuche

### 1) *Politischer Interpretationsversuch*

Es handelt sich bei der Protestbewegung der jungen Generation um eine kleine Minderheit von Radikalen, die jede Demokratie ertragen muß. In der noch jungen Bundesrepublik tritt jetzt erst ans Licht, was schon immer potentiell vorhanden war: Neben den großen Parteien der Mitte eine linksradikale und eine rechtsradikale System-Opposition. Die große Koalition hat diesen Prozeß vollends ausgelöst.

### 2) *Psychologischer Interpretationsversuch*

Es handelt sich um einen Generationskonflikt, wie er im Wechsel der Generationen schon immer zu beobachten war, nur daß er sich mit seinem Schwergewicht nicht im familiären, sondern im öffentlichen Bereich abspielt.

Darüber hinaus führen manche pubertären Erscheinungen in den Formen der Proteste zu weiteren psychologischen Deutungsversuchen, ebenso wie bestimmte Phänomene von Überdruß und Aggression in der Wohlstandsgesellschaft. (Der jungen Generation wurden im materiellen Bereich viele ihrer persönlichen Wünsche rasch und ohne großen Widerspruch erfüllt; für sie unverstänglich stößt sie jetzt mit ihren Forderungen im politischen Bereich auf festgefügte Institutionen und wird auf den mühsamen und Geduld fordernden Weg von Bewußtseinsbildung und Willensbildung in der parlamentarischen Demokratie verwiesen.)

### 3) *Gesellschaftlicher Interpretationsversuch*

Hier wird je nach dem Bezugssystem, in dem man die gegenwärtige Gesellschaft sieht, die Unruhe der jungen Generation entweder als Störung der bestehenden (und in Europa nach dem Krieg mühsam aus Trümmern aufgebauten) Ordnung angesehen oder als Vorläufer kommender großer gesellschaftlicher Umwälzungen („Die Studenten sind das Fieberthermometer der Gesellschaft“ – der italienische Schriftsteller Alberto Moravia).

## C. Hintergründe

Die aufgezeigten Voraussetzungen und die vorgelegten typischen Interpretationsversuche mit je ihrem partiellen Wahrheitsgehalt bewegen sich vermutlich nur im Vordergrund des Phänomens eines weltweiten Aufbruchs der jungen Generation. Tatsächlich ist jene „one world“, die die moderne Technik geschaffen hat und die als theoretisches Postulat schon längst erkannt ist, dieser Generation voll bewußt geworden. Deshalb das Engagement in den Fragen des Krieges in Vietnam, der Rassenkämpfe in den USA, der sozialen Zustände in Lateinamerika und anderen mehr. Wo früher junge Generationen ihre Leidenschaft in den nationalen Zielen ihres Volkes verströmten, tritt diese Generation mit gleicher Leidenschaft für die *soziale und politische Gleichberechtigung aller Völker* ein. Damit gerät sie in Widerspruch zu allen jenen Erscheinungen, im Kleinen wie im Großen, die ihrer Meinung nach durch die Zementierung des Status quo und durch die überholten Mittel einer wirtschaftlichen und militärischen Machtpolitik die Prozesse verhindern oder zumindest verzögern, die längst in Gang gesetzt werden

müßten. Dabei gibt es zweifellos Gruppen in dieser jungen Generation, die (zunehmend in den Ländern der westlichen Demokratien) diesen noch unbestimmten Aufbruch in die überkommenen Formen und Formeln eines starr ideologisch geprägten Marxismus zu leiten versuchen. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die meisten im Osten und im Westen nach einer neuen Form der Gesellschaft Ausschau halten, die die jetzigen Ausprägungen der beiden *miteinander rivalisierenden Gesellschaftssysteme in Ost und West hinterfragt* und nur Elemente von ihnen aufnehmen will.

Diese Suche nach einer neuen Gesellschaftsordnung hat aber noch einen tieferen Hintergrund. Zunächst manifestiert sich in diesem Suchen die elementare geschichtliche Erkenntnis, daß jedes Gesellschaftssystem dem Wandel der Geschichte ausgesetzt ist. Wenn es sich nicht selbst auf Zukunft hin offen hält, erstarrt es unweigerlich und vermag mit seinen Denk- und Verhaltenskategorien von gestern die Probleme von morgen nicht mehr zu lösen.

Die junge Intelligenz aber, der es während ihrer Schüler- und Studentenzeit bis in ein relativ hohes Lebensalter hinein verwehrt ist, konkrete Verantwortung mit allen ihren an der vielschichtigen Wirklichkeit gewonnenen Erfahrungen zu übernehmen, hat dafür das *kritische Auge des Außenseiters* der Gesellschaft.

Sie hat speziell in der Bundesrepublik und vor allem in den sie zunächst am stärksten berührenden Fragen einer Reform des Bildungswesens die bittere Erfahrung machen müssen, wie wenig der Geist gegenüber festgefühten Institutionen auszurichten vermag. Jahrelang mit Dringlichkeit vorgetragene, konkrete Vorschläge seitens studentischer Gremien haben nichts genützt, sondern erst, als die Studenten in Massen auf die Straße gingen, wurde man auf ihre Situation und ihr Denken darüber aufmerksam – so wird argumentiert. Genau dies aber ist symptomatisch für den Hintergrund einer Gesamtentwicklung, die die noch ungelösten Probleme der *zweiten technischen Revolution*, in der wir stehen, offenbar machen.

Die Fragen, die hinter dem Protest der jungen Generation mit der ihr stets eigenen Sensibilität für die Probleme der Zukunft stehen, lauten in diesem Zusammenhang: Werden wir auf eine äußerlich perfekt funktionierende Gesellschaft zugehen, für die Schulen und Universitäten nur noch die Zulieferer sind? Wird das „Establishment“, gegen das sich primär der Protest richtet, in der Lage sein, die notwendigen kritischen Rückfragen an sich selbst wie an die Gesamtentwicklung zu stellen und die Folgerungen daraus zu ziehen, oder ist es so sehr in die *„irrationale Zivilisationsdynamik des industriellen Zeitalters“* (C. F. von Weizsäcker) hineinverflochten, daß es mit ihr dahintreibt? Bleibt das *Menschsein des Menschen* dabei auf der Strecke und übrig sein Funktionieren? Die „Hippies“, die Blumenkinder, als vom Ansatz her völlig anders reagierende Vertreter der ersten Generation des Atomzeitalters mit ihrem demonstrativen Auszug aus der perfekt funktionierenden Gesellschaft dieser panteknischen Zivilisation sind für diese Probleme genauso bezeichnend wie die gierig aufgenommene Forderung Herbert Marcuses nach der „humanen Gesellschaft“ in einem „befriedeten Dasein“.

Das alles schwingt unterschwellig mit in der Protestbewegung der Jugend. Sie hat von hier aus gesehen bis hin zu den Gruppen von Sozialutopisten und Schwärmern ohne jeden Realitätsbezug in dem unorganisierten Zusammenschließen der verschiedensten Elemente formal viel von den typischen Merkmalen einer Erweckungsbewegung an sich. Sie stellt, wie es die Außenseiter der Gesellschaft in der Geschichte oft genug getan haben, die *radikale Frage nach dem Sinn des Funktionierens der Funktionen*.

Damit wird aber von ihr zugleich die Aufgabe gesehen, die weltweit noch auf ihre Lösung wartet, nämlich die ungeheuren Möglichkeiten einer pantechnischen Zivilisation in das Humanum des Menschen zu integrieren. „Worum es in der heutigen Generation geht, ist eigentlich eine gelenkte, vorsätzliche moralische Veränderung, eine *Mutation des individuellen und sozialen Gewissens*, der Durchbruch eines neuen Bewußtseins einer internationalen, intersozialen, interkulturellen, interkonfessionellen und interreligiösen gegenseitigen Verantwortung“ (Ernst Lange, Genf).

Schließlich wird damit die *theologische Relevanz* der von der protestierenden Jugend aufgeworfenen Fragen offenkundig. Es ist ja auch kein Zufall, daß nicht wenige der besonders stark Engagierten der jungen Generation in der Bundesrepublik Theologiestudenten sind oder aus der christlichen Jugendarbeit hervorgingen.

Von dem Horizont der großen und weltweiten Aufgaben wird der *moralische Appell* mit seinen stark idealistischen Zügen, der hinter dem Aufbegehren der jungen Generation sich meldet, genauso wenig übersehen werden dürfen wie die Aufgabe, die Einsicht biblischer Anthropologie über die *Sündhaftigkeit des Menschen* und damit – in paulinischen Kategorien ausgedrückt – den theologischen Stellenwert von Indikativ und Imperativ neu zu durchdenken. Wird das Erste nicht erkannt, so wächst die Gefahr unaufhaltsam, daß die Gesellschaft erstarrt und unfähig wird, die Probleme zu meistern, die vor ihr stehen. Wird das Letzte nicht erkannt, dann besteht die Gefahr, daß die junge Generation auch in ihren besten Vertretern entweder in der Resignation oder im Fanatismus endet, noch ehe sie in die verantwortlichen Positionen des Gesellschaftsgefüges nachgerückt ist.

Die Kirche jedenfalls sollte es in besonderer Weise nachdenklich machen, daß – nachdem sie inmitten einer selbstzufriedenen und selbstgenügsamen Gesellschaft über Jahre hinweg fast vergeblich gepredigt hat, daß der Mensch von Brot allein nicht lebt – jetzt von der jungen Generation die Frage nach dem Sinn menschlichen Lebens in ihrer Weise neu gestellt wird.